

Beschluss des Stadtteilbeirates Findorff

Ermöglichung der Teilhabe am politischen Diskurs

Bezugnehmend auf die Tischvorlage „Übertragung von Beiratssitzungen in der Corona-Pandemie“ vom 09.06.2020, fordert der Beirat das Ortsamt und die Senatskanzlei auf, die technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, um den Bürger*innen die digitale Teilnahme an der nächsten Beiratssitzung (nach der Sommerpause) zu ermöglichen.

Begründung:

Die Kommunalpolitik zeichnet sich durch die räumliche und persönliche Nähe zwischen der Politik und Bevölkerung aus. Wenn Präsenzsitzungen durch eine Pandemie nicht in gewohnter Öffentlichkeit erfolgen können, dann ist es notwendig, andere Formen der Öffentlichkeit, Transparenz, Teilhabe und Inklusion zu ermöglichen. Präsenzsitzungen mit einer eingeschränkten Öffentlichkeit (Teilnahme der Presse und einer reglementierten Teilnehmer*innenzahl) sind ein richtiger und wichtiger erster Schritt. Allerdings muss das grundsätzliche Ziel darin bestehen, eine umfassende Öffentlichkeit zu ermöglichen. Dies gilt insbesondere auf der lokalen Ebene, da hier demokratische Teilhabe unmittelbar erfahrbar ist und folglich niemand von der politischen Teilhabe ausgeschlossen werden sollte. Neben der demokratischen Teilhabe ist die politische Öffentlichkeit eine wichtige Voraussetzung für die gesellschaftliche Kontrollfunktion.

Wenn die Beiratssitzungen in Form einer Videokonferenz organisiert würden, dann wäre es möglich, Kommunikation beispielsweise über einen Chat zu etablieren und dem Anspruch einer umfassenden Öffentlichkeit inklusive politischer Teilhabe gerecht zu werden.

Bremen, den 15.06.2020

(Einstimmiger Beschluss anlässlich der Beiratssitzung am 15.06.2020)